



## **Das ist völlig unrealistisch**

### **Studiengebühren und das große Geld**

*"taz: Der Senator regt Darlehen direkt über die Hochschulen an. Die Lehrstätten könnten die Gebühren beispielsweise stunden.*

*J. Lühje: Das ist völlig unrealistisch. Für große staatliche Hochschulen ist es unmöglich, die erforderlichen Ausfallgarantien gegenüber den Banken zu geben. Wenn alle Studierenden Anspruch auf ein Darlehen haben sollen, ist eine Rückabsicherung durch den Staat oder eine öffentliche Bank nötig. Diese Rahmenbedingung zu schaffen, ist die Verantwortung der Politik."*

*(Interview der taz Hamburg mit Uni-Präsident Jürgen Lühje vom 4.2.2005, Seite 21.)*

Man kann es ganz knapp sagen: völlig unrealistisch ist, daß sich in den Taschen der potentiell Studierenden Geld finden läßt und: völlig realistisch ist, daß sich hier die großen Banken die Taschen voll machen wollen.

Gerade erst erläutert das Deutsche Studentenwerk in seiner Sozialerhebung für 2003, daß in Hamburg seit 2000 der Anteil von Arbeiterkindern von vierzehn auf zehn Prozent gesunken und der von Kindern gehobener Erwerbsgruppen erneut rapide gestiegen ist (von 32,0% auf 38,3%); gerade erst hat sich die Deutsche Bank für einen Rekord-Gewinn von 2,5 Milliarden Euro im Jahr 2004 gefeiert und im selben Atemzug die Streichung von weiteren 5200 Stellen angekündigt; gerade erst steigen die offiziellen Arbeitslosenzahlen über die Fünfmillionengrenze; gerade erst meldet der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (pssst!), daß das bundesrepublikanische Nettogesamtvermögen fünf Billionen Euro beträgt und daß nur zehn Prozent der deutschen Haushalte davon 46,8 Prozent in Händen halten, während die unteren 50 Prozent über ganze 3,8 Prozent dieses Vermögens verfügen - Und die vermeintliche Notwendigkeit von Studiengebühren zur Finanzierung von Hochschulen soll uns nicht lächerlich erscheinen?

Mit langen Fingern lauern private Banken auf Studierende, die sich waghalsig in das Risiko einer hohen Verschuldung stürzen, um vielleicht, vielleicht mal einen auskömmlichen Job zu ergattern. Die Banken sind auf der sicheren Seite: entweder Studi stottert ab (und ist wie jeder Verschuldete ständig in Sorge) oder eine

öffentliche Bank soll einspringen, also wieder ‚der Steuerzahler‘ - das Kapital ist nicht sehr risikobereit.

Richtig ist, daß unter Zwang in einigen Ländern der Welt (besonders in den USA, hingegen gar nicht in Frankreich, Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland) Studierende und ihre Verwandten mit Gebühren ausgenommen werden können: dafür gehen Leute zum Militär, verschulden sich hoch, haben Angst vor Versagen, dienen verstärkt fremdgesetzten Normen, lernen schmales Paukwissen, konkurrieren aufs Schärfste mit ihren Kommilitonen, hetzen durch die Lehrveranstaltungen, schuffen bis zum Umfallen, verzichten Geschwister - ja, manch einer kann so eine Weile studieren (bald wird einem so die Universität und jedes Lernen verhaßt), aber keiner kann es gut.

Dazu ist die Alternative: die Freude am Begreifen und nützlichen Verändern der Welt, die ernsthaft interessierte, verlässliche Zusammenarbeit mit den Mitmenschen, die Neugier auf eigene erste Versuche, die Lust an der allgemeinen Aufklärung und dies ein Leben lang.

Das ist erfreulich.

Und muß man es wirklich noch sagen? Geld ist genug da; es bedarf gemeinsamer aufklärender, kritischer und solidarischer Anstrengung, da heran zu kommen. Wahres wird nicht Unwahr - aber man kann mehr erkennen. Schon versucht? Gefragt? Gelernt? Gekämpft?

Das ist realistisch.

**b.w. →**

# **DOKUMENTIERT:**

## **RESOLUTION**

**der studentischen Vollversammlung am 26. Januar 2005 an der Uni Hamburg**

# **Veränderung beginnt mit Opposition**

## **Zur Aussicht der studentischen Aktivitäten für ein gebührenfreies Studium**

Das Bundesverfassungsgericht hat heute die Aufhebung des bundesweiten, grundsätzlichen Studiengebührenverbots für das Erststudium durch das Hochschulrahmengesetz beschlossen. Dieses Urteil ist falsch. Es wird damit dem politischen Druck von Medienkonzernen und Vertretern der Großunternehmen (Bertelsmann, Springer, BdI und BDA, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft...) nachgegeben, die seit Jahren die Wiedereinführung von Studiengebühren forcieren.

### **Studiengebühren - Knute des Kapitals**

Studiengebühren gleich welcher Art dienen in Einheit der sozialen wie kulturellen Normierung und Auslese von Studierenden: Zur bindenden gesellschaftlichen Norm wird von Kapitalvertretern und ihren politischen Lobbyisten das privat-ökonomische Einzelinteresse an benutzbaren Arbeitskräften erhoben. Hierauf allein soll das Studium ausgerichtet sein.

Wer mit Bildung und Wissenschaft allgemein Nützlich anstrebt, die Welt kritisch begreifen und verändern will und an anderen interessiert ist, gelte als Schmarotzer.

### **Eine Anti-Kultur**

Diese Politik setzt auf die Angst. Die Furcht vor Demütigung, sozialer Ausgrenzung und versagter gesellschaftlicher Anerkennung soll alle treiben: ‚leistungswillig‘, rücksichtslos, gleichgültig, egomanisch, stupide und leblos. Das gehetzte Erfüllen der fremdgesetzten Norm soll dem Eingeschücherterten als eigener Wunsch erscheinen. Dieser Versuch der Selbstbehauptung verschärft die Konkurrenz und Isolation und macht den Uni-Alltag unerträglich. Dazu sagen wir "Nein".

### **Erkennen und opponieren**

Wir bekräftigen unser Nein zu Studiengebühren! Es bleibt dabei: Studiengebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen. Sie lösen kein einziges Problem, sondern verschärfen die Krise des Bildungssystems. (Siehe bundesweite Resolution des fzs).

Die Erkenntnis über die Absicht und Wirkung der Einführung von Studiengebühren fordert zu prinzipieller Opposition heraus. Dem Bravheitsgebot und der kulturellen Herabwürdigung werden wir entgegentreten. Wir rufen alle Studierenden auf: äußert Zweifel, stellt Fragen, widerspricht und solidarisiert Euch.

Gemeinsam werden wir streiten für Studium, Lehre und Forschung als Neugier für neue Erkenntnisse und Persönlichkeitsentwicklung, als Bestandteil gesellschaftlichen Fortschritts, als solidarische Praxis menschlicher Entfaltung, die als verallgemeinerungswürdiger Hochschulalltag durchgesetzt werden müssen.

### **Aktivitätenplanung**

Als Hamburger Studierende sehen wir unsere besondere Verantwortung der Opposition gegen den Wissenschaftssenator Jörg Dräger als bundesweiten Vorreiter der Einführung von Studiengebühren.

Um Studiengebühren zu verhindern werden wir von nun an massive studentische Proteste durchführen:

1. Am 3. Februar 05 ab 14 Uhr findet die überregionale Norddemo in Hamburg statt (ab Campus)
2. Am Mittwoch, den 13. April 2005 wird es eine uniweite Vollversammlung (VV) geben, die die Formen und Ausmaße der Proteste plant und diskutiert.
3. Um zu dieser VV zu mobilisieren und studentischen Protest gegen Studiengebühren von Beginn des kommenden Semesters an sichtbar und deutlich zu machen, wird es am 11. und 12. April 2005 Aktionstage geben. Diese Aktionstage sollen Tage der Diskussionen, Informationen und Aktionen gegen Studiengebühren und somit Tage der Mobilisierung für die VV sein. Von inhaltlichen Workshops gegen Studiengebühren über Theaterstücke in der Mensa bis hin zu Gebäudebesetzungen - an diesen Tagen soll studentischer Protest durch vielfältige, kreative und bunte Aktionen auf dem Campus und darüber hinaus sichtbar gemacht werden. Diese Aktionstage sollen als Auftakt für zahlreiche weiterer Proteste im ganzen Sommersemester verstanden werden. Alle Studierenden sind aufgefordert, sich daran zahlreich zu beteiligen.